



Günter Busch: Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst
Jörg Wiedemuth: Eine neue arbeitszeitpolitische Erzählung

Mit Beiträgen u.a. von
Ursula Stöger/Dieter Sauer u.a.,
Mary Kaldor/Luke Cooper u.a.,
Klaus Busch, Wolf v. Matzenau,
Richard Gebhardt, Hartmut
Reiners, Tom Strohschneider



Forum
Gewerkschaften



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Instabile Stabilität



Die Präsidentschaftswahlen zeigen zweierlei: die Unfähigkeit der oppositionellen Gruppen, eine Alternative zu der mit Wladimir Putin verbundenen Form von Herrschaft zu entwickeln, und die Konsolidierung einer Staatlichkeit, die auf ganz eigene Weise offen einen staatsmonopolistischen Charakter zur Schau stellt. ...

Stopp rechter Gewalt



Ein Jahr nach Beginn des Prozesses beim Oberlandesgericht Dresden, wurde das Urteil gegen die Mitglieder der »Gruppe Freital« gesprochen: Die Angeklagten wurden unter anderem wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung, versuchten Mordes, Sprengstoffexplosionen und gefährlicher Körperverletzung schuldig gesprochen. ...

Soziale Mindestsicherung



Die große Koalition war noch nicht im Amt, da ist eine heftige Debatte über Armut ausgebrochen. Auslöser war die Essener Tafel, die Menschen ohne deutschen Pass nicht mehr aufnehmen wollte. ...

Blau als neues Rot?

Dieter Sauer/Ursula Stöger/Joachim Bischoff/Richard Detje/Bernhard Müller
Arbeitsweltliche Zuspitung – Rechtspopulismus im Betrieb 2
Tom Strohschneider: Warum die Wut in den Betrieben nicht die Linken stärkt ... 5

Europa & Amerika

Klaus Busch: Wahlen in Italien – Menetekel für die Europäische Union 7
Heinz Bierbaum: Europäische Linke:
Zwischen Kooperation & Fragmentierung 12
Hinrich Kuhls: Pulverfass Nordirland 15
Luke Cooper/Mary Kaldor/Niccolò Milanese/John Palmer: Jeremy Corbyn,
die Reform der EU und die Erneuerung der Sozialdemokratie 20
Joachim Bischoff: Donald Trump – Über einen Handels- und Währungskrieg
zur Rezession? 26

Forum Gewerkschaften

Günter Busch: Nur weiter so?
Tarifrunde öffentlicher Dienst 32
Jörg Wiedemuth:
Umrisse einer neuen arbeitszeitpolitischen Erzählung 35
Otto König/Richard Detje: Schutz vor Lohndumping? Reform der EU-
Entsenderichtlinie: »gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit am selben Ort« 39

Groko 3.0: Richtungskämpfe

Richard Gebhardt: Seehofers Heimat oder: Wie »konservativ« ist die Union? ... 42
Hartmut Reiners: Bürgerversicherung –
das Einfache, das so schwer zu machen ist 49

Wie sammelt sich die Linke?

Wolf von Matzenau: SPD – Erneuerung jetzt! 54
Erhard Korn: Wider die bonapartistische Versuchung.
Linker Populismus, linke Sammlungsbewegung. Ein Diskussionsbeitrag 59
Alban Werner: Ein Buch als »Kritik im Handgemenge« »Linkspopulär« –
Christoph Nölkes Beitrag zum politischen Richtungsdisput 63
Joachim Bischoff: Gleiches Recht für alle
(zu Robert Allertz über Hans Modrow) 67

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 65
Veranstaltungen & Tipps 68
Klaus Schneider: Lucky (Filmkritik) 69

Supplement

Peter Brandt

»Trotzkismus« in Deutschland

Internationaler Kontext und historischer Abriss

Donald Trump: Über einen Handels- und Währungskrieg zur Rezession?

von ■ Joachim Bischoff

Die Administration von US-Präsident Donald Trump geht seit Monaten mit einschneidenden Maßnahmen gegen die Einfuhren aus einigen Ländern vor, mit denen die USA ein Handelsdefizit haben. Betroffen sind bisher vor allem China und die Nachbarn Mexiko und Kanada. Einen Teil der Anti-Dumping-Aktionen bewertet die Welthandelsorganisation WTO als Vertragsverletzung. Präsident Donald Trump hat den Konflikt weiter angefacht, indem er hohe Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte verhängte. Das Weiße Haus bereitet zudem ein Maßnahmenpaket gegen China vor, weil das Land US-Firmen zum Technologietransfer zwingt und amerikanische Geschäftsgeheimnisse und geistiges Eigentum stiehlt.

Diese Sichtweise, wonach die USA fairen Handel betreiben und das Ausland unfairen, ist unzutreffend. Aber genauso falsch ist die europäische Behauptung, wonach die EU Opfer von zu

hohen US-Zöllen sei. Im direkten Vergleich zwischen den USA und der EU verhängen nämlich die Europäer mehr und höhere Zölle. Deutschland ist mit den europäischen Mitgliedsstaaten seit Jahrzehnten in einer Zollunion verbunden. Mit dem Wegfall der Binnenzölle haben die EU-Staaten die Hoheit über die Gestaltung der Außenzölle abgegeben. Handelspolitik fällt seither in die Kompetenz der EU.

Es gibt seit Langem große Asymmetrien in den Handelsbilanzen. Diese Konflikte sollten dazu genutzt werden, über Ausgleichsmaßnahmen und einen weiteren Abbau der verbleibenden Zölle weltweit nachzudenken. Die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, fordert die politischen Entscheidungsträger dazu auf, gemeinsam auf die Senkung von Handelsbarrieren hinzuwirken und Handelsstreitigkeiten zu lösen, ohne »außerordentliche Maßnahmen« zu



ergreifen. Es sei sicherzustellen, dass die jüngst angekündigten US-Zölle nicht zu einer Eskalation protektionistischer Maßnahmen führten. Handelskriege bremsen das Wirtschaftswachstum. Zölle richteten Schaden an, selbst wenn betroffene Handelspartner nicht mit Gegenmaßnahmen reagierten.

Die IWF-Chefin bezeichnet Protektionismus als bösartig, weil die ärmsten Konsument*innen, die verhältnismäßig viele preisgünstige Importe kaufen, davon am stärksten getroffen werden. Globale Handelsungleichgewichte seien nicht mit neuen Handelsbarrieren zu lösen. Vielmehr seien haushaltspolitische Maßnahmen zu ergreifen. Im Falle der USA bedeute das beispielsweise, die Haushaltsdefizite zu senken und die Staatsverschuldung zu stabilisieren, im Falle Deutschlands würden höhere Infrastrukturinvestitionen und Bildungsausgaben naheliegen. Jene, die von der Globalisierung und dem technologischen Fortschritt negativ betroffen sind, seien zudem dahingehend zu unterstützen, dass sie neue Fähigkeiten erwerben und in bessere Jobs aufsteigen können, fordert Lagarde.

Zum Startschuss eines Handelskriegs könnten die Strafzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte werden. Trumps These: »Unsere Stahl- und Aluminiumbranche sowie viele andere wurden jahrzehntelang durch unfairen Handel und schlechte Politik mit vielen Ländern der Welt dezimiert.« Daher werde es Strafzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte geben. Diese sollen 25% für Stahl und 10% für Aluminium betragen. Trump will die heimische Stahl- und Aluminiumindustrie wieder aufbauen. »Wir werden neue Jobs bekommen und pulsierende Unternehmen«, erklärte Trump. Die Stahl-Politik ist mithin elementarer Teil der »America First«-Politik der Trump-Administration. Ob sich die neuen Importbeschränkungen mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) vertragen, interessiert Donald Trump wenig. Der Präsident behauptet, seine Vorgänger hätten sich von den US-Handelspartnern ausnehmen lassen mit dem Resultat, dass Billigimporte ungehindert ins Land flössen, die industrielle Basis der USA dezimierten und Amerikaner*innen die Jobs wegnähmen.

Die USA zählen derzeit noch etwa 140.000 Stahlarbeiter*innen, in der Aluindustrie dürften noch etwa 50.000 beschäftigt sein. In der Bauwirtschaft, im Transportsektor oder in der Rohstoffförderung – um nur einige der Branchen zu nennen, die mit Stahl- und Alu-Produkten arbeiten – ist es ein Vielfaches davon. Entsprechend bitter sind die Erfahrungen, die die USA mit früheren Schutzversuchen gemacht haben. Kaum eine Branche hat in den vergangenen Jahrzehnten mehr Rückendeckung von der US-Regierung erhalten als die Stahlindustrie. Derzeit sind – noch ohne Berücksichtigung der neuen flächendeckenden Trump-Zölle – über 200 verschiedene US-Antidumping- und Ausgleichszölle auf Eisen- und Stahlprodukte aus aller Welt in Kraft, weil diese angeblich unter unfairen Umständen nach Amerika geliefert werden. Trotzdem fordern die Unternehmen weitere Schutzmaßnahmen. Das belegt, dass Importbeschränkungen versagen und der Wettbewerbs- und Innovationskraft der Branche mittelfristig mehr Schaden als Nutzen.

Die US-Stahlhersteller werden schlagartig einen Wettbewerbsvorteil erlangen. Nicht nur können ausländische Produzenten deutlich weniger Stahl nach Amerika liefern, weil sie preislich benachteiligt sind. Auch werden die Preise für Stahl

in den USA, die sich bereits stark erhöht haben, wegen der Angebotsverknappung weiter steigen.

Unmittelbar nach der Ankündigung Trumps übten Vertreter diverser Abnehmerbranchen wie der Maschinenindustrie, des Erdöl- oder des Schiffbausektors scharfe Kritik. Ihnen bereitet nicht nur die Verteuerung eines zentralen Werkstoffs Sorge. Die verarbeitende amerikanische Industrie muss auch mit großen Störungen in ihren Lieferketten rechnen, weil der US-Stahlsektor für die Herstellung diverser Halbfabrikate und Fertigprodukte wie Bohrrohre für Erdölfelder gar nicht die Kapazitäten besitzt.

Droht eine Eskalation?

Der international anerkannte Ökonom Dani Rodrik mahnt zur Gelassenheit: Trumps bisherige Handelsmaßnahmen seien Kinkerlitzchen. Insbesondere verblassten sie neben der Größe und Reichweite der protektionistischen Maßnahmen der Regierung von Präsident Ronald Reagan in den 1980er Jahren. Reagan verschärfte die Zölle und Beschränkungen für ein breites Spektrum von Branchen, darunter Textilien, Autos, Motorräder, Stahl, Bauholz, Zucker und Elektronikartikel.

Die damaligen Warnungen vor einer protektionistischen Abwärtsbewegung erwiesen sich als Panikmache. Die Weltwirtschaft wurde durch die vorübergehende Umkehr des Trends in Richtung Handelsliberalisierung während der 1980er Jahre nicht besonders stark beeinflusst. Und nachdem sich die gesamtwirtschaftliche Lage in den USA wieder verbessert hatte, beschleunigte sich das Globalisierungstempo erheblich. Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA), die WTO (die die von Reagan genutzten »freiwilligen« Exportbeschränkungen ausdrücklich verbot) und Chinas Exportboom folgten alle in den 1990er Jahren, genau wie die Aufhebung der verbleibenden Beschränkungen für grenzüberschreitende Finanzgeschäfte.

Trump's Protektionismus könnte freilich deutlich drastischere Folgen haben. Die Politik des Unilateralismus wird bei den Handelspartnern größeren Ärger hervorrufen und daher eher Vergeltungsmaßnahmen auslösen. Ein weiterer Kontrast zu den Maßnahmen der Reagan-Ära ist, dass wir in einer weiter vorangeschrittenen Phase der Globalisierung leben und die damit einhergehenden Probleme größer sind. Die politischen Kräfte des Nationalismus sind heute stärker als zu jeder anderen Zeit seit Bestehen der Nachkriegsordnung.

Schlichtung durch die WTO?

Es gibt die Möglichkeit, die Welthandelsorganisation (WTO) anzurufen, wenn ein Staat der Überzeugung ist, dass Handelsbarrieren nicht WTO-gemäß eingeführt worden sind. In diesem Schlichtungsverfahren kann die Genfer Organisation dann Vergeltungsmaßnahmen gestatten, die in ihrem Ausmaß den Schaden der unrechtmäßigen Strafzölle spiegeln. Die WTO setzt aber ihre Regeln nicht selbst durch, dies müssen die einzelnen Länder machen.

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber von Sozialismus. 2017 erschien von ihm die VSA: flugschrift: Donald Trump – ein Präsident mit Risiko. Die USA zwischen Niedergang der Demokratie und dem Umsturz der Weltordnung.

Die Welthandelsorganisation WTO war in Weiterentwicklung des GATT auf eine Regelung in Handelskonflikten ausgerichtet. Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade, GATT) wurde am 30. Oktober 1947 abgeschlossen, als der Plan für eine Internationale Handelsorganisation (ITO) nicht verwirklicht werden konnte. Durch das GATT ist im Verlauf der Geschichte der Grundstein zur Gründung der Welthandelsorganisation (WTO 1995) gelegt worden, in die es heute noch eingegliedert ist. Die WTO soll Attacken auf den freien Welthandel wie die einseitige Erhebung von Zöllen verhindern oder in rechtlich verbindliche Bahnen lenken.

Diese Politik der Verminderung und Regelung von Handelskonflikten steht im Zusammenhang mit den Verabredungen von Bretton Woods. Bei dieser Konferenz, die 1944 in New Hampshire stattfand, wurden neben der Idee der Reduktion der Zölle u.a. der Internationale Währungsfonds und eine internationale Währungsordnung geschaffen, die auf festen, aber anpassungsfähigen Wechselkursen beruhte. Das Nachkriegsprojekt eines aufgeklärten Internationalismus ermöglichte es verschiedenen Ländern, ihre Interessen als Wirtschaftsakteure und eingebundene Staaten und Märkte aufeinander abzustimmen. Für alle Länder außer den Vereinigten Staaten basierte die Nachkriegsordnung auf der Vormachtstellung des US-Dollars, die amerikanische Unternehmen und Lohnarbeiter begünstigte.

Das Handelsbilanzdefizit der USA in den 1960er Jahren und die Dynamik des Eurodollarmarktes waren der Grund für den langjährigen Niedergang der Währungsordnung von Bretton Woods, und damit der Keim für die Währungskrise Europas. Seit der Beschädigung des sogenannten Bretton-Woods-Systems Anfang der 1970er-Jahre haben Frankreich und Deutschland versucht, eine Entsprechung auf europäischer Ebene zu finden. Heute geht es wiederum um die Rekonstruktion einer globalen Handels- und Währungsordnung. Bis zum Ende des Kalten Krieges betrachtete das US-Establishment das System von Regeln und Organisationen, das die institutionelle Infrastruktur der internationalen Handels-, Investitions- und Finanzaktivitäten bildete, als unverzichtbar für den Wohlstand der »freien Welt« und die Eindämmung des sowjetischen Einflusses. Die Trump-Präsidentschaft wirft eine wichtige Frage für die wirtschaftliche Zukunft der Welt auf: Kann er – und wird er es tun – die Handelspolitiken und -abkommen, sowie die Agreements über die Währungsordnung der letzten 80 Jahre umstoßen und eine kostspielige Reduzierung des Welthandels riskieren?

China-Konflikt

Mit China und der EU stehen den Vereinigten Staaten zwei Handelsriesen gegenüber, die generell glaubwürdig Vergeltungsmaßnahmen androhen können. Der Internationale Währungsfonds warnte vor Schäden durch die Stahl-Zölle in den USA selbst. »Die vom US-Präsidenten angekündigten Importerschwernisse werden wahrscheinlich Schaden nicht nur ausserhalb der USA anrichten, sondern auch in den Vereinigten Staaten selbst.« Trump verschärft unbeeindruckt von der Kritik im In- und Ausland seine Strategie. Wenn ein Land viele Milliarden US-Dollar im Handel mit praktisch jedem Land verliere, mit dem es Geschäfte mache, »dann sind Handelskriege gut

– und einfach zu gewinnen«, schrieb Trump. »Beispiel: Wenn wir ein 100-Milliarden-Dollar-Defizit mit einem Land haben und sie das ausnutzen, handeln wir nicht mehr – und machen einen Riesengewinn. Es ist so einfach!« Er wolle künftig auch auf andere Produkte Einfuhrzölle oder Grenzsteuern erheben, wenn dies andere Länder auch für US-Produkte tun. »800 Milliarden Handelsdefizit lassen uns keine andere Wahl«. Deshalb würden die USA » bald mit wechselseitigen Steuern beginnen«.

Die multilateralen ausländischen Handelsdefizite der US-Wirtschaft haben den Boden bereitet für einen folgenreichen Fehlschluss der Trump-Administration: eine Hinwendung zum Protektionismus. Der Versuch, ein multilaterales Ungleichgewicht durch bilaterale Zölle zu lösen, wird zur Zerstörung der schon beschädigten Handels- und Währungsordnung führen.

Grund für die enormen Ungleichgewichte im Handel sind vor allem globale Überkapazitäten. Diese können allerdings nur über die internationale Zusammenarbeit und nicht über Alleingänge Amerikas gelöst werden. Neben einem Ausgleich internationaler Ungleichgewichte braucht es faire Regeln mit Sozial- und Umweltstandards im internationalen Handel statt dem noch immer herrschenden Recht des Stärkeren.

Trump schottet mit seiner Strategie der Handelskriege die amerikanische Wirtschaft immer mehr gegen ausländische Konkurrenz ab und riskiert den Zusammenbruch der kapitalistischen Nachkriegsordnung. Auf den internationalen Finanzmärkten ist schlagartig die Unsicherheit zurück: Die Indizes haben ihre Talfahrt deutlich beschleunigt. Mit seinem Hang zum Protektionismus wirft Präsident Trump die Wirtschaft der USA zurück. Importbeschränkungen versagen und schaden der Wettbewerbs- und Innovationskraft der Unternehmen. Die Hoffnung von Trump, dass bei allen negativen Rückwirkungen Jobs erhalten bleiben, ist schlicht falsch.

Gegenüber China weisen die USA das mit Abstand höchste bilaterale Defizit im Güterhandel auf. Es ist 2017 auf einen neuen Höchstwert von 376 Mrd. US-Dollar gestiegen. Die Regierung Trump ist mit dem Ziel angetreten, dieses Defizit abzubauen (siehe Abb. 1).

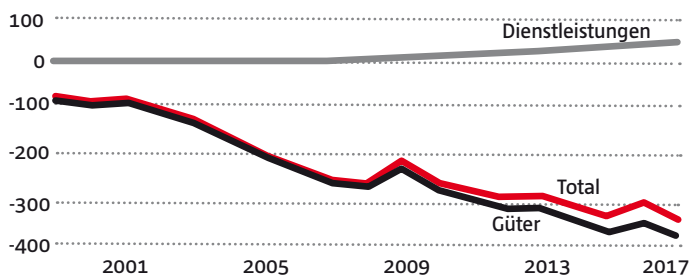
Ein Bericht der Kommission über den Diebstahl von amerikanischem geistigem Eigentum von Anfang 2017 beziffert den



Foto: Třinecké železářny

Abb. 1: Wachsendes US-Defizit im Güterhandel mit China

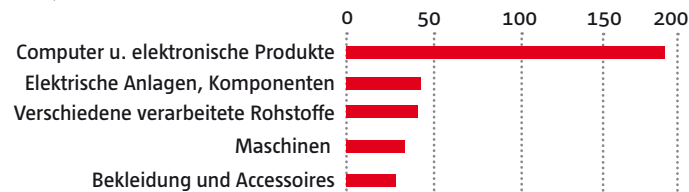
Saldo der Handelsbilanz in Mrd. \$



Quelle: bea (Bureau of Economic Analysis)

Abb. 2: Die fünf wichtigsten Importe aus China

2017, in Mrd. \$



Quelle: US-China Economic and Security Review Commission (USCESRC)

jährlichen Verlust, der der US-Wirtschaft aus Fälschungen von Gütern und Raubkopien von Software sowie aus dem Diebstahl von Geschäftsgeheimnissen entsteht, auf 225 bis 600 Mrd. US-Dollar. Diese Spanne entspricht etwa 1% bis 3% der jährlichen US-Wirtschaftsleistung. In dieser Schätzung nicht berücksichtigt sind die Kosten von Patentverletzungen. Für den Großteil dieses Verlusts wird China verantwortlich gemacht.

Der größte chinesische Exportposten in Richtung USA waren 2017 Computer und elektronische Produkte (siehe Abb. 2).

Viele US-Importe aus China sind allerdings bereits mit Antidumping- und Ausgleichszöllen belegt. Laut Peterson Institute for International Economics waren 2016 Waren im Wert von über 44 Mrd. US-Dollar, oder über 9% aller Importe aus China, solchen Importbeschränkungen unterworfen.

Trumps Politik zielt darauf, wieder für Fairness im Welthandel zu sorgen. Doch verschärft sie diese Probleme, statt sie zu mindern. Längerfristig sind nicht Handelspolitiken die wichtigste Ursache von Fluktuationen der Handelssaldi, sondern das nationale Spar- und Investitionsverhalten. Der Handelsaldo eines Landes sagt zudem sehr wenig über die wirtschaftliche Gesundheit des Landes aus – im Fall der USA ist das Handelsbilanzdefizit seit der Finanzkrise angewachsen, weil sich die Wirtschaft erholt hat und höhere Einkommen mehr Importe ermöglichen. Von Trumps Zolltarifen dürfte nur eine kleine Minderheit von Arbeiter*innen in den geschützten Branchen profitieren, und zwar auf Kosten einer großen Mehrheit anderer Arbeitnehmer*innen in den nachgelagerten Branchen und anderswo. Die durch die Weltwirtschaft hervorgerufenen Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten lassen sich nicht bekämpfen, indem man ein paar politisch gut vernetzte Branchen schützt und als Ausrede dafür eindeutig unsinnige nationale Sicherheitsgesichtspunkte heranzieht.

Die »Handelspartner« der Vereinigten Staaten stehen vor der Frage, wie sie auf die aggressive protektionistische Poli-

tik aus Washington reagieren sollen. Eine ernsthafte Reformagenda würde die Sorgen über das Sozialdumping und die politische Autonomie durch multilaterale Neuverhandlungen über die WTO-Regeln aufgreifen.

Zur Finanzierung von Konsum und Wachstum nehmen die USA Kredite in Form ausländischer Kapitalüberschüsse auf, um das eigene Defizit auszugleichen. All diese Kredite implizieren ein großes Zahlungsbilanzdefizit gegenüber der übrigen Welt, das ein gleichermaßen hohes Handelsdefizit verursacht. Donald Trumps Politik ist dabei, die ökonomische Konjunktur abzuwürgen. US-Präsident Donald Trump und sein Finanzminister Steven Mnuchin haben eine Expansion des Wirtschaftswachstums versprochen. Sie argumentieren, dass bei Verwirklichung ihrer Politik dauerhaft ein jährliches Wirtschaftswachstum von über 3% oder sogar über 4% erreicht werden könnte. Im Gesamtjahr 2017 expandierte die weltgrößte Volkswirtschaft um 2,3%. Im Jahr zuvor waren es lediglich 1,5%.

Derweil haben politische Entscheidungsträger die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Folgen zunehmender Ungleichheit – nicht nur in Bezug auf Einkommen und Wohlstand, sondern auch auf Chancen – außer Acht gelassen, und zugelassen, dass die Mittelschicht allmählich ausgehöhlt wird – ein Trend, der durch technologische und andere Entwicklungen verschärft wurde.

Auf globaler Ebene wurde die bestehende Nachkriegsordnung zunehmend durch den Aufstieg Chinas infrage gestellt, das aufgrund seiner schieren Größe, sowohl in Bezug auf die geografische Ausdehnung als auch die Einwohnerzahl, systemische Bedeutung erlangt hat, obwohl das Pro-Kopf-Einkommen relativ gering ist und das politische System im Widerspruch zu einer liberalen Marktwirtschaft zu stehen schien. Die großen globalen Wirtschaftsinstitutionen hatten Mühe, sich schnell genug anzupassen. Das betrifft vor allem das Währungssystem.

Das US-Dollar-Regime

Ein starker US-Dollar ist gut für Amerika, lautet bislang das Standardstatement der politischen Klasse in den USA. Der Hauptsatz der US-Strategie firmiert als »Strong Dollar Policy«. Die Trump-Administration attackiert nicht nur die Handelsungleichgewichte, sondern geht auch zu diesem Grundsatz der Währungspolitik auf Distanz. Die Befürchtungen, dass die USA ihre Devisenpolitik radikal ändern, entstanden durch Äußerungen von US-Finanzminister Steven Mnuchin auf dem Weltwirtschaftsforum im Schweizer Davos. Seine These: »Der schwächere Dollar ist gut für uns, insofern er den Außenhandel beeinflusst und Chancen eröffnet.«

Protektionismus oder Abwertung des US-Dollars: Vereinfacht gesagt, haben die Handelspartner die Wahl, entweder eine Abwertung des US-Dollars hinzunehmen oder aber Gefahr zu laufen, dass Trump mit Zollschränken reagiert. Das würde deutsche, europäische und japanische Exporteure jedoch noch mehr treffen als eine Abwertungstendenz des US-Dollars.

Noch bevor Donald Trump die Präsidentschaft antrat, hatte er in mehreren Reden klargemacht, dass er einen schwächeren US-Dollarkurs will. Wörtlich sagte er: »The strong dollar is killing us.« Die USA führen de facto einen kalten Währungskrieg,

bei dem es darum geht, die eigene Währung zu schwächen, um dadurch Handelsvorteile zu erzielen. Und jedem sollte klar sein, dass die USA aus einem solchen kalten Währungskrieg Vorteile erzielen.

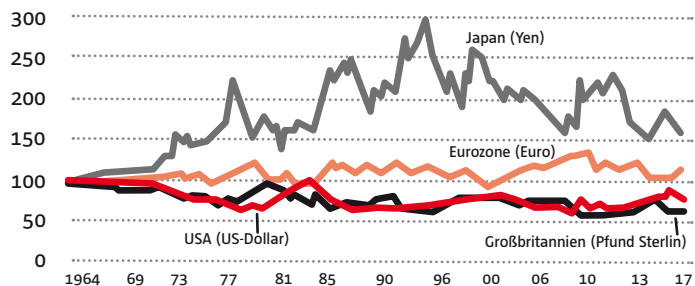
Da die US-Regierung einen schwachen US-Dollar befürwortet und vor ersten Einschränkungen im Handel nicht zurückschreckt, fürchten die Investoren die Folgen und meiden schon alleine deshalb den US-Dollar. Auch sind Finanzassets außerhalb des Dollarraumes relativ billiger und ziehen damit mehr Investorengelder an, die dann in zweifacher Weise profitieren: von steigenden Preisen und von einem Währungsgewinn. Beide Faktoren haben jedoch nur einen zeitweisen Einfluss auf den Kurs einer Währung. Dauerhaft gelingt es nicht, eine Währung schwachzureden. Kapitalströme sind ebenfalls nur temporär und legen die Grundlage für künftige Turbulenzen an den Märkten.

Die Weltwirtschaft leidet zurzeit unter einer massiven monetären Störung. Wesentlich dazu beigetragen haben der Zusammenbruch des festen Wechselkurssystems von Bretton Woods und das Aufkommen flexibler Wechselkurssysteme. Die Preisbildung erfolgt in flexiblen Wechselkursregimen durch Angebot und Nachfrage auf den Devisenmärkten. Allerdings hat nach dem Niedergang des Systems von Bretton Woods die Wechselkursvolatilität massiv zugenommen (siehe Abb. 3).

Die Kapitalbewegungen auf den internationalen Finanzmärkten – wie z.B. für den Erwerb neuer Aktien oder Anleihen in einem anderen Währungsraum – setzen immer Devisentransaktionen voraus.

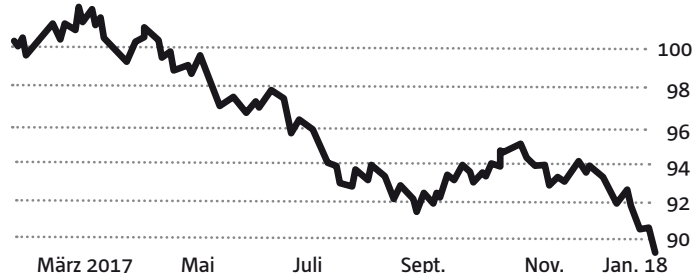
Abb. 3: Nominale Effektive Wechselkruse

Gewichtete Durchschnitte bilateraler Wechselkurse gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner (1964=100)



Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

Abb. 4: Zunehmende Abwertung des Dollars




Quelle: Financial Times

Die Abwertung des Dollars hat sich in der letzten Zeit beschleunigt (siehe Abb. 4).

Hatte die amerikanische Währung nach Trumps Wahl aufgrund der plötzlich ausgebrochenen Euphorie in Bezug auf die US-Wirtschaft und aus Sorge über die geopolitischen Risiken in Europa zugelegt, hat sich ihre Entwicklungsrichtung inzwischen wieder geändert. Die Reservewährung der Welt ist seit ungefähr einem Jahr ziemlich stetig gesunken, und fast jede andere Währung hat sich dagegen gefestigt. Da diese Schwächephase gegenüber dem kräftigen Anstieg des Dollarwertes von 2011-17 eine große Richtungsänderung darstellt, muss sich etwas Grundlegendes geändert haben. Der US-Dollar begann zu fallen, gerade als die Federal Reserve begann, den Weg für Zinserhöhungen zu beschleunigen und ihre Bilanz zu verkleinern. Unterdessen haben die EZB und die Bank von Japan nichts unternommen und ihre Leitzinsen auf Null festgelegt. Das Verhalten des US-Dollars, insbesondere gegenüber dem Euro, scheint das Gegenteil von dem gewesen zu sein, was angesichts der Änderung der relativen Geldpolitik hätte erwartet werden können. Der Kurs der amerikanischen Devisen sinkt gegenüber allen wesentlichen Handelspartnern.


Die Kapitalzuflüsse und internationalen Investitionen drücken – angesichts der niedrigeren Bewertung im Ausland und des wachsenden Aufschwungs auf den ausländischen Märkten – den US-Dollar. Mit Europa und Japan expandieren zwei Regionen wirtschaftlich und ihnen fließen daher Investitionsmittel aus dem Ausland zu. Aus diesem Grund haben sich die Zinserwartungen verschoben, und die Marktteilnehmer gehen inzwischen davon aus, dass die Europäische Zentralbank ihre extreme geldpolitische Strategie früher oder später beenden muss. Kein Wunder also, dass sich der Euro von seiner vorhergehenden



Die Weltbühne
Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998

Informativ, knapp und klar:

Ossietzky



»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
 Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietzky.net

den Schwäche erholt hat. Außerdem tragen die protektionistische Haltung der Trump-Regierung und die Tendenz, den US-Dollarkurs nach unten zu drücken zur US-Dollarschwäche bei. Schließlich sind die erwartete Kreditinflation durch Infrastrukturausgaben und höhere US-Haushaltsdefizite weitere Faktoren der Dollarschwäche. Unter dem Strich geht es auch darum, dass Investoren wieder optimistischer gestimmt sind, wenn es um Geldanlagen in Ländern jenseits der USA geht. Die Weltwirtschaft wächst eben nicht nur in den USA, sondern auch in Europa und den Schwellenländern. Die Prognosen gehen von einer weiterhin guten Entwicklung aus.

Tatsächlich reflektiert die Leitungsstruktur des IWF und der Weltbank, einigen kleineren Anpassungen zum Trotz, weiterhin eher vergangene Realitäten und insbesondere Europa hat nach wie vor unverhältnismäßig großen Einfluss. Nicht einmal die G20, die entstanden ist als sich die G7 als zu eng und exklusiv erwies, um eine wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik zu unterstützen, hat es geschafft die Spielregeln zu verändern. Mangelnde operative Kontinuität sowie Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ländern haben die Effektivität der G20 schnell geschwächt, vor allem nachdem die Gefahr einer globalen Depression vorüber war.

Währenddessen kommt Ökonomen und politischen Entscheidungsträgern eine wichtige Rolle dabei zu, die bestehende Situation zu verbessern. Auf internationaler Ebene sollte das Konzept »fairer Handel« – und erst recht soziale Verdrängung – in politischen Diskussionen stärker thematisiert werden. Und Volkswirtschaften – vor allem Europa – müssen aktiv an der Reform eines ermüdeten Systems multilateraler politischer Steuerung und Koordination arbeiten, dem es zunehmend an Glaubwürdigkeit mangelt.

Außerdem muss die Rückkopplung zwischen der Realwirtschaft und dem Finanzsektor näher untersucht werden. Verteilungsfragen, unter anderem die Belastung der Mittelschicht und die Zwangslage von Bevölkerungsgruppen, die Gefahr laufen durch angespannte soziale Sicherheitsnetze zu rutschen, müssen besser verstanden und geklärt werden. Voraussetzung dafür ist ein tieferes Verständnis des technologiegetriebenen Strukturwandels. Die großen Technologieunternehmen müssen ihre wachsende systemische Bedeutung erkennen und sich im Gleichschritt mit den Regierungen daran anpassen.

Doch der Großteil der Arbeit muss auf nationaler Ebene erfolgen. Die Reparatur des Gesellschaftsvertrages erfordert eine breite Palette von Maßnahmen im Bereich der Sozial-, Steuer- und Innovationspolitik, um die Fundamente für einen New Deal des 21. Jahrhunderts zu schaffen. Doch mit seinen Steuersenkungen und seiner Deregulierung bewegt sich Trump in die gegenteilige Richtung. Früher oder später wird die katastrophale Beschaffenheit von Trumps innenpolitischer Agenda selbst seinen Wähler*innen auffallen. An diesem Punkt dann könnte ein altmodischer Handels- und Währungskrieg unwiderstehlich erscheinen, um für Ablenkung zu sorgen und sich politischen Rückhalt zu verschaffen.

Das sich ausweitende Haushaltsdefizit und die steigende Staatsverschuldung der USA werden die langfristigen Zinsen ebenfalls nach oben drücken. Das Haushaltsdefizit des Bundes wird Prognosen zufolge von etwa 3,5% vom BIP in den letzten

Jahren auf 5% im Jahr 2018 und dem Rest des Jahrzehnts steigen. Die US-Schuldenquote hat sich in den letzten zehn Jahren auf 75% verdoppelt und wird den Prognosen zufolge im kommenden Jahrzehnt auf fast 100% ansteigen.

Infolgedessen werden die Netto-Anleiheverkäufe der US-Regierung von etwa 700 Mrd. US-Dollar im Jahr 2017 auf mehr als eine Bio. US-Dollar im Jahr 2019 und etwa 1,5 Bio. US-Dollar im Jahr 2027 steigen. Die kumulative Erhöhung der Schulden im Laufe des Jahrzehnts wird daher etwa zehn Bio. US-Dollar betragen. Die Märkte dazu zu bewegen, diese Anleihen aufzunehmen, wird höhere Realzinsen erfordern.

Bislang hatte Trump seine Ankündigung, in den Außenhandel einzugreifen, nicht realisiert. Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) bleibt ebenso bestehen wie die Handelsbeziehungen mit China und anderen wichtigen Partnern. Die Gefahr einer selbst verschuldeten Rezession ist also im ersten Jahr der Trump-Administration vorbeigezogen. Jetzt sehen wir eine deutliche Änderung: Da läuft die größte Volkswirtschaft der Erde auf Hochtouren, setzt im neunten Jahr hintereinander ihren Aufschwung fort und nähert sich der Vollbeschäftigung. Doch die Regierung in Washington fährt eine Haushaltspolitik, als stecke das Land in einer Finanz- und Wirtschaftskrise oder zumindest in einer Rezession. Mit schuldenfinanzierten Steuerensenkungen und Ausgabenprogrammen heizt sie die Konjunktur weiter an.

Der Finanzausschuss des amerikanischen Kongresses schätzte Anfang Dezember 2017, dass sich die Steuerausfälle über die kommenden zehn Jahre auf eine Bio. US-Dollar summieren könnten. Und Finanzexperten haben berechnet, dass das Haushaltsdefizit des Staates 2018 rund 790 Mrd. US-Dollar statt der geplanten 645 Mrd. US-Dollar betragen wird. 2019 stiege das Defizit dann sogar von geplanten 689 auf 1.050 Mrd. US-Dollar. Bei einer Wirtschaftsleistung von rund 19 Bio. US-Dollar entspräche dies einem Defizit von über fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts – und das, nachdem der Haushalt sich zuletzt gerade endlich wieder einigermaßen konsolidiert hatte.

Es ist sehr gewagt, wenn Trump mit allen Methoden auf Expansion setzt. Mit seinen protektionistischen Maßnahmen läuft er jetzt Gefahr, die US-Ökonomie, die Weltwirtschaft und die Finanzmärkte schwer zu schädigen. Institutionen der US-Wirtschaft warnen Trump davor, sich zu stark mit den Handelspartnern anzulegen. »Zölle könnten zu einem zerstörerischen Handelskrieg mit ernststen Konsequenzen für das US-Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen führen«, erklärte der Präsident der US-Handelskammer, Thomas Donohue.

Der US-Präsident ist nicht der einzige Widerstand, mit dem der globale Handel und das Währungssystem zu kämpfen haben. Aber die neue politische Strategie markiert einen beginnenden Bruch: Der Rückzug der USA vom Credo des Freihandels wird Folgen haben. Freihandel hat während Jahrzehnten das wirtschaftliche Selbstverständnis des Landes geprägt, und die Vereinigten Staaten hatten als Zugpferd von Globalisierung und Freihandel gegolten. Dies ist vorbei. Was bleibt, ist die Frage nach der Größe des Scherbenhaufens und den Kosten seiner Beseitigung.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de